

1253/J

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Anschöber, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Nuklearwaffenstationierung in Österreich durch einen NATO-Beitritt

Gemessen an den Aussagen des Verteidigungsressorts könnte der Eindruck entstehen, als wäre absolut auszuschließen, daß in Österreich im Falle eines NATO-Beitrittes jemals Nuklearwaffen stationiert werden könnten, nicht zuletzt deshalb, weil es in Europa gar keine NATO-Atomwaffen mehr gebe. Bei näherer Betrachtung ist diese Linie massiv anzuzweifeln, mehr noch scheint eine Nuklearwaffenstationierung sehr realistisch, und lassen vor allem die dokumentierten Beinahe-Katastrophen im Umgang mit den derzeit 520 NATO-A-Bomben in Europa für Österreich auch ein massives "konventionelles" Strahlen-Risikopotential befürchten.

Denn jenseits der Aussagen Minister Fasslabends, es gebe keine "bodengestützten" NATO-Nuklearwaffen in Europa, ist von einer Anzahl von rund 520 -außerhalb ihrer Besitzerländer- in Westeuropa stationierten Atombomben auszugehen (Greenpeace, "520 Vergessenen Bomben"). Diese amerikanischen und britischen taktischen Sprengköpfe sind an 14 Orten in Deutschland, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Italien, Griechenland und der Türkei stationiert. Die beiden Bombentypen haben eine Sprengkraft von jeweils bis zu 400 Kilotonnen, ihre Gesamtsprengkraft beträgt etwa 98 Megatonnen. Das entspricht dem mehr als 7500-fachen Potential der Hiroshima-Bombe bzw. der sechzehnfachen Sprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Bomben. Die in den letzten Jahrzehnten dokumentierten Berichte über Unfälle und Beinahe-Katastrophen im Umfeld dieser NATO-Atomwaffenstationierung und ihres Transportes lassen den Schluß zu, daß nahezu alles an theoretischen Unfallszenarien, sei es noch so unbeabsichtigt oder unwahrscheinlich, als Möglichkeit in Betracht gezogen werden muß. Die Rede ist etwa von nuklearwaffenbestückten Flugzeugen, die im Mittelmeer versunken sind und nach wie vor als vermißt gelten, von irrtümlich ausgeklinkten Atombomben, die in der Folge Lokalbevölkerung langfristig verstrahlte, von ganzen LKW-Ladungen Nuklearraketen, die bei Unfällen über Felshänge gestürzt sind.

Aus dem NATO-Strategiepapier "Study On NATO Enlargement" vom September 1995 und diversen Aussagen etwa Generalsekretär Solanas geht hervor, daß es im Beitrittsfall zu einem Transport oder einer Stationierung von Nuklearwaffen auch in Österreich kommen kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie kann die Mitteilung des Verteidigungsministeriums, "Gegen den Willen eines Staates ist die Stationierung von Atomwaffen nicht möglich. Eine entsprechende Bedingung wäre allenfalls auch von NATO-Neubewerbern bei den Aufnahmeverhandlungen einzubringen" (apa, 30.7.1996) mit der Aussage folgender Zeitungsmeldung (Die Presse, 30.4./1.5.1996) "NATO-Generalsekretär Javier Solana hat potentielle Mitglieder der Allianz darauf hingewiesen, daß sie prinzipiell zur Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Territorium bereit sein müssen" in Übereinstimmung gebracht werden, bzw. welche konkreten Garantien gibt es, daß in Österreich im Falle eines NATO-Beitrittes unter keinen Umständen und zu keiner Zeit Atomwaffen stationiert würden?

2. In einer Studie der NATO über die Osterweiterung der Allianz (Study On NATO Enlargement, September 1995) heißt es: "Die höchste Garantie der Sicherheit der Bündnispartner besteht in den strategischen Kernwaffen des Bündnisses. Die neuen Mitglieder genießen die Vorteile und Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, in der gleichen Weise wie alle anderen Bündnispartner in Übereinstimmung mit dem strategischen Konzept. Es wird erwartet, daß die neuen Mitglieder das Konzept der Abschreckung sowie die wesentliche Rolle unterstützen, die Kernwaffen für die Bündnisstrategie der Kriegsverhinderung gemäß dem strategischen Konzept spielen ". Welche Verpflichtungen würden sich daraus für Österreich ergeben? Bekennt sich Österreich zum Konzept der nuklearen Abschreckung und unterstützt es dieses Konzept?

3. Weiter heißt es in dieser Studie: "Die neuen Mitglieder werden zur Entwicklung und Umsetzung der NATO-Strategie einschließlich ihrer nuklearen Bestandteile beitragen ". In welcher Weise würde Österreich an der Umsetzung der nuklearen NATO-Strategie teilhaben?

4. In Artikel 13. (Verbot von Spezialwaffen) des Staatsvertrages heißt es u.a. , daß Österreich Atomwaffen weder besitzen, herstellen, noch zu Versuchen verwenden soll. Würden Sie -abgesehen von der streng juristischen Auslegung- einen sinngemäßen Widerspruch zwischen diesem Teil des Staatsvertrages und einer Atomwaffenstationierung in Österreich sehen?